Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:


1. Koalition plädiert für Rente mit 69 auf lange Sicht
2. Verbraucherpreise: Inflationsrate sinkt auf Zwei-Jahres-Tief
3. Boni-Grenze in der EU: Europas Banken basteln hastig an Gehaltssystemen
4. Unternehmen schließen weniger Ausbildungsverträge ab
5. Ulrike Herrmann: Private Kassen abschaffen
6. Miami: Das Steuerparadies im Sonnenstaat
7. Vermögensverteilung im Euroraum
8. Bundesbank – Miniplus statt Milliardenscheck
9. Millionen für Führungskräfte: Merkel warnt vor maßlosen Managergehältern
10. Mitarbeiterbehandlung bei Hollister: Totale Kontrolle
11. Gallup-Studie: Viele ältere Arbeitnehmer haben innerlich gekündigt
12. Die Reichsten der Welt
13. Kataloniens Insel
14. Journalisten: In und mit der Elite
15. Zu guter Letzt: WDR 2 Kabarett: Volker Pispers – Arm aber Sexy
16. Das Letzte: DAX erinnert an den 10. Jahrestag der Agenda 2010


***Vorbemerkung:*** *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Koalition plädiert für Rente mit 69 auf lange Sicht**
   Für eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre auf lange Sicht plädiert die Mehrheit der Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“. Mit 17 gegen 15 Stimmen setzten Union und FDP unter Verweis auf Vorschläge des Sachverständigenrats in einem Bericht über „nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“ in einer Passage über finanzielle Risiken, die in der demographischen Entwicklung wurzeln, eine entsprechende Formulierung durch: „So würde ein über das Jahr 2029 hinausgehender Anstieg auf 69 Jahre im Jahre 2060 die Tragfähigkeitslücke der öffentlichen Haushalte voraussichtlich um 0,7 Prozentpunkte reduzieren.“ Trotz Kritik an diesem Konzept stimmten neben der Koalition auch SPD, Linke und Grüne am Montag zum Abschluss der Beratungen über einen von der Projektgruppe 4 unter

Leitung von Edelgard Bulmahn (SPD) erarbeiteten Bericht dieser Expertise insgesamt zu, die einen „ordnungspolitischen Instrumentenkasten“ zur Realisierung von Nachhaltigkeit in der Finanz- und Umweltpolitik benennen soll. Das Motiv für dieses Ja der Opposition: In diversen Sondervoten, die Teil des Papiers sind, wird unter anderem die Ablehnung einer Rente mit 69 verdeutlicht. Für Bulmahn markiert der Bericht der Projektgruppe 4 einen Erfolg der gesamten Enquetekommission: „Wir wollen Nachhaltigkeit nicht nur in Sonntagsreden proklamieren, sondern konkrete Vorschläge zur Umsetzung dieses Prinzips präsentieren.“
Quelle: Deutscher Bundestag

***Anmerkung WL:*** *Die „Tragfähigkeitslücke“ der öffentlichen Haushalte könnte man noch besser mit einer Rente erst ab Ableben schließen. Siehe zur Kritik an den Vorschlägen des Sachverständigenrats auf den sich CDU und FDP berufen hier.*

2. **Verbraucherpreise: Inflationsrate sinkt auf Zwei-Jahres-Tief**
Gute Nachrichten für Verbraucher: Die Inflationsrate ist im Februar weiter zurückgegangen – auf 1,5 Prozent. Grund ist ein moderater Anstieg der Lebensmittel- und Energiepreise.
Quelle: SPIEGEL Online

***Anmerkung unseres Lesers H.H.:*** *Wer hätte das gedacht, wo doch unsere “Top”-Ökonomen permanent vor dem Inflationsgespenst warnen!*

***Ergänzende Anmerkung JB:*** *Es wäre in der Tat interessant zu erfahren, wie waschechte Monetaristen diese Zahlen erklären. Die Leitzinsen sind auf einem historischen Tiefpunkt und die Geldmenge M1 ist im letzten Quartal um 6,6% gestiegen [PDF – 155 KB]. Nach monetaristischer Vorstellung müsste es da zwingend zu einer höheren Inflation kommen. Das ist jedoch – eigentlich wenig überraschend – nicht der Fall. Es scheint vielmehr so, als seien die Monetaristen eine Art Glaubensgemeinschaft, für die die Inflation eine Art Apokalypse darstellt – eine mythische Bestrafung für ein Handeln, das nicht den Glaubensgrundsätzen entspricht.*

3. **Boni-Grenze in der EU: Europas Banken basteln hastig an Gehaltssystemen**
Die Banken in Europa reagieren auf die schärferen Boni-Regeln der EU. Einem Bericht der “Financial Times” zufolge überarbeiten sie in aller Eile die Gehaltssysteme für ihre Top-Manager – Spitzenbanker können demnach bald mit höheren Grundvergütungen rechnen …
Die Grundvergütungen werden stark ansteigen – laut Bericht würde ein Banker, der derzeit 1,5 Millionen Pfund (rund 1,72 Millionen Euro) bezieht, künftig etwa 2,0 bis 3,5

Millionen Pfund (2,29 bis 4,0 Millionen Euro) verdienen. Zudem könnten die Erfolgskriterien, die für die Bonuszahlungen gelten, aufgeweicht werden, zitiert die Zeitung einen Vergütungsexperten.
Quelle: Spiegel Online

***Anmerkung WL:*** *An die Grundvergütung könnte man allenfalls mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes herankommen.*

Dazu: **Noch mehr Geld für die Banker**
Banker sein lohnt sich im fünften Jahr nach Ausbruch der Krise anscheinend immer noch. Inmitten von Massenentlassungen und Bescheidenheitsversprechen haben Großbanken insgesamt 275 Milliarden Euro an ihre Mitarbeiter ausgeschüttet. Das sind zehn Milliarden Euro mehr als 2011 …
Bei der teilverstaatlichten Bank of Ireland, die 2012 einen Verlust von 2,1 Milliarden Euro erlitt, stieg die Pro-Kopf-Vergütung um rund vier Prozent. Der Reuters-Auswertung zufolge haben etliche Häuser 2012 trotz rückläufiger Gewinne mehr Geld an ihre Mitarbeiter ausgeschüttet …
Und die Deutsche Bank mahnt im Umgang mit derartigen Daten zur Vorsicht. Zwar hat die Pro-Kopf-Bezahlung bei Deutschlands Branchenprimus im vergangenen Jahr trotz eines Gewinn-Einbruchs um sechs Prozent zugelegt.
Quelle: FR

***Anmerkung WL:*** *Auch für diese Milliarden bürgen die Steuerzahler.*

4. **Unternehmen schließen weniger Ausbildungsverträge ab**
   Die Betriebe in Deutschland haben im vergangenen Jahr weniger ausgebildet als 2011. Wie das "Handelsblatt" unter Berufung auf den noch unveröffentlichten Bundesbildungsbericht schreibt, wurden gut 551.000 Ausbildungsverträge geschlossen. Dies sei ein Rückgang um 2,2 Prozent gewesen. Für das laufende Jahr erwarte das Bildungsministerium ein weiteres Minus von gut drei Prozent. Die Quote der Unternehmen, die überhaupt noch ausbildeten, liege mit 21,7 Prozent auf dem niedrigsten Stand seit 1999.
   Quelle: DLF

   ***Anmerkung WL:*** *Angeblich suchen die Unternehmen doch verzweifelt nach Fachkräften. Aber die holt man wohl lieber aus Griechenland oder Spanien und spart sich die Ausbildungskosten. Siehe dazu nochmals „Lügen mit Zahlen auf dem Lehrstellenmarkt".*

5. **Ulrike Herrmann: Private Kassen abschaffen**
   Gesundheitsminister Bahr will gesetzlich klarstellen, dass sich die Wahltarife bei den gesetzlichen Krankenkassen selbst tragen müssen – und nicht durch die Beiträge der anderen Versicherten quersubventioniert werden dürfen. Dies klingt kompliziert, aber ein zweiter Blick lohnt.
   Die Wahltarife wurden eingeführt, damit die Besserverdienenden nicht von den gesetzlichen Krankenkassen in die privaten Kassen wechseln. Sie waren also eine "Halteprämie". Übersetzt bedeutete dies: Die normalen Kassenmitglieder mussten dafür zahlen, dass die Besserverdienenden Zusatzangebote erhielten. Es ist richtig, dass diese Umverteilung von unten nach oben unterbunden wird.
   Die gesetzlichen Kassen fürchten nun, dass die Besserverdienenden verstärkt in die privaten Kassen abwandern, wenn keine Halteprämien mehr ausgeschüttet werden. Diese Sorge ist vielleicht berechtigt – zeigt aber nur, dass es Wahnsinn ist, dass die privaten Kassen überhaupt existieren.
   Quelle: taz
6. **Miami: Das Steuerparadies im Sonnenstaat**
   Was vielen deutschen Bankkunden einst die Zürcher Bahnhofstrasse bedeutete, heisst heute Brickell. Gut möglich, dass selbst langjährige Schweizer Banker den Namen des Finanzdistrikts in Miami noch nie gehört haben. Doch das dürfte sich schnell ändern. […]
   Der Stadtteil Brickell, das Herzstück von Miamis florierender Geldbranche mit ihren mehr als 300 einschlägigen Instituten, ist in Zürcher Bankkreisen zum grossen Gesprächsthema avanciert. Vor allem seit die Banken auf Geheiss der vom Bundesrat verordneten Weissgeldstrategie ihre Kunden «in die Steuerehrlichkeit» überführen müssen, wie die Läuterung der Fiskalsünder politisch korrekt heisst.
   Doch nicht alle Kunden wollen den schmachvollen Gang zum Steueramt antreten. Sie weichen aus, und weil andere Schlupflöcher wie Monaco, Zypern und Singapur inzwischen genauso gestopft wurden wie die Schweiz, wandern sie ab – nach Brickell.
   Quelle: Handelszeitung
7. **Vermögensverteilung im Euroraum**

   Quelle: FAZ

   ***Anmerkung WL:*** *Was man auch immer von dieser Grafik halten mag, klar wird, dass Deutschland zu den Euro-Ländern gehört, wo die Vermögen am ungleichsten verteilt sind. Die untere Hälfte stellt sich in etwa so wie in Zypern oder Griechenland.*

8. **Bundesbank – Miniplus statt Milliardenscheck**
   Die Bundesbank packt Überschüsse in die Risikovorsorge und macht kaum Gewinn. Präsident Weidmann warnt: "Die Krise ist noch nicht vorbei – trotz der zwischenzeitlichen Beruhigung der Finanzmärkte."
   Wenigstens die Sorgen um ihr Gold kann Bundesbank-Präsident Jens Weidmann den Deutschen nehmen. Die Barren der Währungsbehörde, die zum Teil seit Jahrzehnten in New York und Paris lagern, sind echt und vollständig. Das haben erste Stichproben ergeben, denen Weidmann nach einer aufgeregten Debatte über den deutschen Goldschatz in den Tresoren ausländischer Notenbanken zugestimmt hatte. Die Hälfte des Volksvermögens soll in den nächsten Jahren nach Frankfurt gebracht werden, um skeptische Abgeordnete und den Bundesrechnungshof zu beruhigen. Der Transport werde im Laufe des Jahres beginnen, sagte Weidmann. Nähere Einzelheiten wolle er aus naheliegenden Gründen nicht verraten, sagte Weidmann.
   Quelle: Frankfurter Rundschau
9. **Millionen für Führungskräfte: Merkel warnt vor maßlosen Managergehältern**
   Die Kanzlerin hat zu hohe Managergehälter als Wahlkampfthema entdeckt. "Maßlosigkeit darf nicht sein", erklärt Angela Merkel in einem Interview und schaltet sich damit erstmals in die Debatte ein. Die schwarz-gelbe Koalition will die Vergütung von Führungskräften schnell neu regeln.
   Der Schweizer Volksentscheid zur Begrenzung von Managergehältern schlägt hohe Wellen und hat auch in Deutschland Rufe nach mehr Regulierung gegen exzessive Boni und Bezüge ausgelöst. Jetzt schaltet sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in die Debatte ein: "Maßlosigkeit darf in einer freien und sozialen Gesellschaft nicht sein", sagte Merkel der "Freien Presse" am Mittwoch. Sie verstehe "sehr gut, wenn Menschen über manche Gehälter, die völlig aus dem Rahmen fallen, nur noch den Kopf schütteln können und wollen, dass das aufhört", so die Kanzlerin weiter.
   Quelle: SPIEGEL Online

   ***Anmerkung JB:*** *Die Kanzlerin setzt sich öffentlich wieder einmal an die Spitze einer Bewegung, um diese Bewegung zu marginalisieren. Dabei könnte sie schon heute der Maßlosigkeit ein Ende setzen, indem sie beispielsweise eine Reichensteuer nach französischem Vorbild als Gesetzesvorlage einbringt. Aber daran hat sie freilich gar kein Interesse.*

10. **Mitarbeiterbehandlung bei Hollister: Totale Kontrolle**
    „Flip-Flops sind Pflicht, Taschen werden durchsucht – und überall wachen Kameras. Die Methoden der Modekette Hollister bringen sogar hartgesottene Arbeitsrechtsexperten zum Staunen. Die Welt von Hollister soll vor allem schön sein.

Mode für schöne, erfolgreiche Menschen, die sich beim Tragen eines T-Shirts fühlen sollen, als säßen sie an einem Strand in Kalifornien. Auch in den 13 deutschen Filialen wird der Kunde in halbdunklem Licht und bei lauter Musik von jungen, hübschen Verkäufern bedient, die "Models" heißen und jeden Konsumenten mit dem Satz anreden müssen: "Hey what's up, welcome to the pier."
Doch der Alltag ist weniger schön …"
Quelle: Der Handel

11. **Gallup-Studie: Viele ältere Arbeitnehmer haben innerlich gekündigt**
Ernüchternde Erkenntnis aus einer neuen Studie: Ausgerechnet die Generation der ältesten Arbeitnehmer ist die, die am wenigsten motiviert und engagiert ist. Schuld scheinen auch die Chefs zu sein.
Unter älteren Arbeitnehmern wächst die Unzufriedenheit mit ihrem Arbeitgeber: Etwa jeder Dritte der sogenannten Baby-Boomer-Generation fühlt sich emotional nicht mehr mit seiner Firma verbunden – und arbeitet nur das Nötigste. Zu diesem Ergebnis kommt der Engagement Index Deutschland 2012, den die Unternehmensberatung Gallup vorgestellt hat…"
Quelle: Welt online
12. **Die Reichsten der Welt**
Auf Platz 19 weltweit rangiert in der Forbes-Liste ein gewisser Jeff Bezos (Amazon) mit einem Vermögen von 25,2 Milliarden Dollar. Im September 2011 wurde Bezos noch mit 19,1 Milliarden Dollar gelistet. Er ist also so etwas wie ein „Big Winner". Sein Zuwachs kommt dabei nicht von ungefähr. Böse Zungen behaupten, sein Privatvermögen entwickle sich umgekehrt proportional zur Entlohnung der Leiharbeiter in den Amazon-Logistikzentren …
Allerlei Betrübliches dringt aus der Kaste der deutschen Superreichen, denn keiner schaffte es 2012 mehr unter die Top Ten – und einige mussten sogar Federn lassen.
Quelle: verdi b+b
13. **Kataloniens Insel**
Im katalonischen Arenys de Munt stimmten bei einer Volksbefragung 96 Prozent für eine Lösung vom spanischen Zentralstaat. Andere Meinungen haben es schwer im Ort. Wenn der Linksnationalist Josep Manel Ximenis den Wunsch nach Unabhängigkeit begründet, ist nicht nur von eigener Kultur und eigener Sprache und deren Unterdrückung die Rede. Immer wieder kommt er auf "die Ausplünderung Kataloniens durch Madrid" zu sprechen. Katalonien führt wie andere reiche Regionen mehr Steuern an die Zentralverwaltung ab als zurückkommen. Teils wird das Geld auf ärmere Regionen umverteilt. Ximenis stört das. "Wegen der Krise wird in Katalonien überall gekürzt." Er verlangt, "dass jeder arbeitet, um seine eigenen Probleme zu lösen". Ein neues Autonomiestatut sollte die Steuerumverteilung weitgehend beenden.

Das Verfassungsgericht akzeptierte das 2010 nicht. Im vergangenen Jahr machte die hochverschuldete Autonomieregierung einen erneuten Vorstoß, um alle Steuern selbst einzutreiben. Die konservative Regierung von Mariano Rajoy in Madrid lehnte ab. Der katalanische Regierungschef Mas rief zu Neuwahlen und versprach, sein Katalonien in die Unabhängigkeit zu führen.
Quelle: taz

***Anmerkung Orlando Pascheit:*** *Die taz hat bisher über Südtirol (taz vom 18. 2.), die Vojvodina (25. 2.), Flandern (4. 3.) und jetzt Katalonien berichtet. Es stehen noch Schottland und Bayern aus. In der Einführung zu dieser Serie schreibt die taz: "Mit der Krise in Europa wächst in vielen Regionen der Drang nach mehr Unabhängigkeit – Gefahr oder Chance?" So löblich das Unterfangen, die taz bleibt bisher die Antwort schuldig, inwiefern für eine dieser Regionen bzw. für Europa durch mehr Unabhängigkeit Chancen bestehen, vor allem wofür? Natürlich hat der Zentralstaat Spanien für Katalonien einen ganz anderen Charakter als Serbien für die Vojvodina. Serbien hat noch einen langen Weg vor sich, um nach dem Muster Alteuropas überhaupt eine Demokratie zu werden. In der Vojvodina geht es auch um demokratische Institutionen der Teilhabe. Aber natürlich spielt auch eine Rolle, dass sie die reichste Provinz Serbiens ist. In Katalonien dominiert ein Wohlstandschauvinismus bzw. die Wahrung des "nationalen" Besitzstandes. Die Ausplünderung durch die Zentrale ist das Leitbild gerade der reicheren Regionen Spaniens, Norditaliens oder auch Süddeutschlands. Natürlich strebt Bayern nicht nach Separation, aber die Klage um den Finanzausgleich, verbirgt nur kläglich der den berüchtigten Thatscherwunsch: "I want my money back". Die Unabhängigkeit Kataloniens allerdings wäre für die nationalistischen Parteien des Baskenlands und Galiciens das Zeichen, den spanischen Staat endgültig zu zerlegen. Im ehemaligen Jugoslawien dauerte es 10 Jahre bis die ethnonationalistische Instrumentalisierung sozialer Missstände ihre furchbaren Früchte trug. Leider sind im Europa der aktuellen Krise längst schon Absetzbewegungen nicht nur innerhalb bestimmter Länder, sondern Absetzbewegungen einzelner Länder von der gesamteuropäischen Solidarität auszumachen. Bei uns liefern Politiker bis hin zur Kanzlerin und die Bild-Zeitung das entsprechende Vokabular. – Vielleicht träumen die Gewinnerregionen des europäischen Standortwettbewerbs noch davon, dass die EU eine Vergemeinschaftung in viel lockerer und vor allem billigerer Form als im bisherigen Staat anbietet, aber sie sollten sich vielleicht einmal den Zusammenbruch des Handels zwischen den Nachfolgestaaten Jugoslawiens anschauen.*

14. **Journalisten: In und mit der Elite**

Nicht nur in der Schweiz, überall in Europa, ja in der ganzen Welt, spitzt sich der Konflikt «Elite gegen das Volk» zu. Und wo stehen die Journalisten? Oft auf der Seite der Eliten. Diese Erkenntnis ergibt sich aus der im Oktober 2011 von der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig angenommenen Dissertation „Meinungsmacht“ …
Autor Krüger identifizierte nicht nur zahlreiche, verschwiegen agierende «Hintergrundkreise» allerlei Couleur (26 in Berlin), sondern auch Chefredaktoren und Herausgeber, die gewinnorientierte Konzerne beraten haben, so Josef Joffe die HypoVereinsbank oder Stefan Aust und Helmut Markwort die Deutsche Telekom. Matthias Nass, von 1998 bis 2010 stv. «Zeit»-Chefredaktor, war sogar im Lenkungsausschuss der Bilderberg-Konferenz …
Die Verbindungen und die auch die Artikel von vier Journalisten hat Krüger genauer untersucht, und zwar jene von Klaus-Dieter Frankenberger (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Stefan Kornelius (SZ) und Michael Stürmer (Welt) – sie arbeiten vor allem zu aussenpolitischen Themen und wiesen dichte Netzwerke in US- und Nato-Kreisen auf.
Quelle: Carta

15. **Zu guter Letzt: WDR 2 Kabarett: Volker Pispers – Arm aber Sexy**
Quelle: WDR 2
16. **Das Letzte: DAX erinnert an den 10. Jahrestag der Agenda 2010**
Die Deutsche Börse (DAX) erinnert zum 12. und 14. März 2013 an die vier Jahre, vier Monate und vier Kalendertage anhaltende Hartz IV-Hausse (hartz-vier-ohs), alias “Agenda 2010-Blase”, die vor genau zehn Jahren nach einem Schlusskurs von 2.202,96 begann und am Vorabend des zweiten Geburtstages von Angela Merkel (CDU) als Bundeskanzlerin mit einem bisher unübertoffenen Schlusskurs von 8.105,69 (16. Juli 2007) endete. Zum 10. Jahrestag der Agenda 2010-Rede (14. März 2003) soll dieses bisherige Allzeithoch vom 16. Juli 2007 übertroffen werden.
Forderungen nach einer Agenda 2020, die auch vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) unterstützt werden, sind verfrüht. Der 7. Bundeskanzler (während dessen Amtszeit Lance Armstrong sieben mal die Tour de France gewann!?) weiß das: Eine Agenda schreibt und veröffentlicht man nicht kurz vor sondern kurz nach einer Bundestagswahl! (vgl. die Wahlprogramme 2002 und die Agenda 2010)
Quelle: Büro für absurde Statistik bei Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ)